

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
192 · Ausgabe CH · Januar 2021  
AZB 3001 Bern



## Her mit dem Frauenstimmrecht!

Die Situation damals – und 50 Jahre danach. Ab Seite 4

### BURKA-INITIATIVE, FREIHANDEL, E-ID

Alle drei Abstimmungsvorlagen vom 7. März im kurzen und knappen Überblick. Ab Seite 14

### NEUE SERIE: KOCHEN FÜRS KLIMA

Klimaschutz beginnt auch in der Küche. Wir haben darum bei Profis nachgefragt, welches nachhaltige Rezept sie empfehlen. En Guete! Seite 18

Liebe Genossin, lieber Genosse,  
liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



«Hä!?!» So undiplomatisch lautete die Reaktion meiner Söhne und Töchter im Teenageralter, als sie erstmals hörten, dass das Frauenstimmrecht bald den 50. Geburtstag feiert. Für sie – und wohl für die meisten von uns – ist es eine Selbstverständlichkeit. Doch so selbstverständlich es heute ist, so hart musste es erkämpft werden. Davon handeln einzelne Texte in dieser Links-Ausgabe. Zeitzeuginnen erzählen, welches Lebensgefühl damals prägend war, was von ihnen erwartet wurde, welche Erwartungen sie selbst an das Leben hatten. Wie die damals jüngste SP-Nationalrätin Gabrielle Nanchen den Einzug ins Bundeshaus erlebte, schilderte sie den Kollegen des «socialistes», der Westschweizer Ausgabe unseres Mitgliedermagazins (ab Seite 4).

Das ungläubige Staunen vieler junger Menschen über das Jubiläum des Frauenstimmrechts bedeutet nicht, dass die Gleichstellung erreicht wäre. In ländlichen Regionen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer noch schwierig. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bleibt Wunschdenken, und den Staubsauger zieht auch heute noch häufiger die Frau durch die Stube. «Solange im Parlament nicht die Mehrheit in Frauenhand ist, wird die Gleichstellung nicht verwirklicht», gibt eine der Zeitzeuginnen zu Protokoll. Sie hat recht.

Darum geht der Kampf von Männern und Frauen für eine echte Gleichstellung weiter. Denn die Vorkämpferinnen, unsere Heldinnen, sind nicht so weit gegangen, um nur so weit zu kommen.

Solidarische Grüsse  
Pia Wildberger

## INHALT

- 4 **«Kein Tropfen Alkohol, nicht in männlicher Begleitung gesehen werden»**  
Geschlechterforscherin Fabienne Amlinger kennt die Geschichten und Hintergründe zur Einführung des Frauenstimmrechts
- 7 **50 Jahre Frauenstimmrecht: Wie war das?**  
Eine ehemalige Urner Landrätin, eine pensionierte Journalistin und eine alt Nationalrätin erinnern sich
- 8 **Ein entscheidendes Jahr für unsere Renten**  
An der Delegiertenversammlung legen wir die roten Linien fest
- 9–12 **Aus den Kantonen**
- 13 **100 Tage Co-Präsidium**  
Mattea Meyer und Cédric Wermuth: Den Preis für Corona bezahlen die Jungen
- 14 **Palmöl: Die Gretchenfrage**  
Pro und Contra zum Freihandelsabkommen mit Indonesien
- 15 **Burka-Initiative: Wir sagen Nein, #ausnahmslos**
- 16 **Die Gruppe «SP-Sektion EU» stellt sich vor**
- 18 **Neue Serie: Kochen fürs Klima**
- 19 **«Ich habe sozusagen ein Berufsverbot»**  
Wie Neumitglied und Musiker Tobias Huber ohne Publikum durch die Pandemie kommt



## Anti-Terror-Gesetz: Das Referendum steht

Gegen das Anti-Terror-Gesetz, das vom Parlament in der Herbstsession verabschiedet wurde, hat die JUSO gemeinsam mit anderen Jungparteien das Referendum ergriffen. Die Vorlage schafft die Unschuldsvermutung ab, verletzt die Menschenrechte und ermöglicht gar den Freiheitsentzug für Kinder. Auch 60 Rechtsprofessorinnen und -professoren sprachen sich in einem offenen Brief gegen das Anti-Terror-Gesetz aus.

So wichtig der Kampf gegen Terrorismus ist, so wenig ist dieser mit solchen Bestimmungen einzudämmen. Terror lässt sich nur mit Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen. Wenn dabei Menschenrechte und grundlegende Freiheitsrechte missachtet werden, ist dieser Kampf nicht zu gewinnen. Dieser Argumentation haben sich über 90 000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums angeschlossen.

Insgesamt wurden sogar rund 140 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht, da auch weitere Gruppierungen das Referendum ergriffen hatten. Die schwierigen Umstände, die das Sammeln auf der Strasse verunmöglichen und im Bekanntenkreis erschweren, hielten offenbar viele nicht von grösstem Engagement gegen das drohende Unrecht ab.

### Andreas Zünd wird höchster Richter in Strassburg

Zwar findet die offizielle Wahl des Schweizer Richters am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg erst nach Redaktionsschluss statt. Doch der Vorschlag des Wahlausschusses zu Händen der parlamentarischen Versammlung des Europarats fiel mit «überwältigender Mehrheit» für Andreas Zünd aus. Heute ist der



64-jährige am Bundesgericht tätig. Die SP Schweiz gratuliert ihrem Mitglied zur ehrenvollen und bedeutenden Wahl.

### In Genf dürfen Behinderte abstimmen

«Eine geistige oder psychische Behinderung ist kein Hindernis, eine Meinung zu haben», sagte der Genfer SP-Grossrat und Anwalt Cyril Mizrahi im Vorfeld der kantonalen Abstimmung Ende November. Und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger teilten grossmehrheitlich seine Auffassung. Damit erhalten rund 1200 Menschen die vollen politischen Rechte auf kantonalen und kommunaler Ebene zurück. Schweizweit wären rund 15 000 Menschen betroffen. Die Behindertenrechtskonvention der Uno verpflichtet Mitgliedstaaten, allen Menschen mit Behinderungen politische Rechte zu gewähren. Mit der Änderung der Genfer Verfassung soll der entsprechende Artikel 29 der Uno-Konvention umgesetzt werden, der die Schweiz 2014 beitrug.

### AUFSTELLER: FREIER ZUGANG ZU HYGIENEARTIKELN FÜR FRAUEN

Dank einem Antrag der SP wird die Stadt Delémont demnächst in Schulen und an verschiedenen öffentlichen Orten kostenlos Damenbinden zur Verfügung stellen. Ein entsprechender Antrag wurde mit 20 zu 14 Stimmen angenommen. In einer Studie gaben 80 Prozent der jungen Frauen an, in der Schule in der Vergangenheit ein oder mehrmals Monatshygiene-Produkte vermisst zu haben. Nicht nur der fehlende Zugang, sondern auch die hohen Preise für diese Produkte sind stossend. Es ist darum höchste Zeit, dass alle Frauen und Mädchen Zugang zu dem Schutz haben, den sie brauchen.



# «Kein Tropfen Alkohol, nicht in männlicher Begleitung gesehen werden»

**DIE EINFÜHRUNG DES FRAUENSTIMMRECHTS WAR EIN ANFANG, UND DAS ENDE DER GLEICHSTELLUNGSDEBATTE IST NICHT IN SICHT. DOCH WARUM DAUERT ALLES SO LANGE, UND MIT WELCHEN SCHWIERIGKEITEN HATTEN DIE ERSTEN NATIONALRÄTINNEN ZU KÄMPFEN? HISTORIKERIN FABIENNE AMLINGER KENNT DIE GESCHICHTEN HINTER DEN GESICHTERN DER ERSTEN FRAUEN IM NATIONALRAT.**

Interview: Pia Wildberger

**Warum dauerte es so lange, bis die Frauen auch hierzulande abstimmen und wählen durften?**

Offensichtlich waren die Männer lange Zeit nicht bereit, die Macht zu teilen. Die wenig frauenfreundliche Haltung des Parlaments und des Bundesrats trug dazu bei, dass das Anliegen in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts immer wieder in der Schublade verschwand. Auch der Kantönliche Geist wirkte bremsend. Zudem fehlte aus Sicht der offiziellen Schweiz lange die «politische Notwendigkeit». Anders als etwa Deutschland musste die Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg den Willen zur Demokratie nicht unterstreichen und deshalb das Frauenstimmrecht einführen. Der Abstimmung von 1971 gingen ausserpolitische Überlegungen voraus. Die Schweiz wollte die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnen, was ohne Stimm- und Wahlrecht für die Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen war.

**War die Frauenstimmrechtsbewegung einfach zu brav?**

Die Strategie der Stimmrechtsbewegung erwies sich als problematisch. Sie konzentrierte sich einseitig auf Aufklärungs- und Erziehungsarbeit. Mit nicht-konfrontativen Aktionsformen wie Vorträgen, Presseartikeln oder der Stimmrechtspetition von 1929 konnten die Frauen dem Anliegen keinen Nachdruck verschaffen. Und indem die Stimmrechtskämpferinnen die Argumente der starken Gegnerschaft zu widerlegen versuchten, investierten sie viel Energie in ein aussichtsloses Unterfangen. Zwischen den

Stimmrechtskämpferinnen verliefen zudem erhebliche parteipolitische, sprachliche und konfessionelle Grenzen, was die Bildung von Allianzen behinderte und den Kampf für die politischen Rechte schwächte.

**Brachte also erst die Frauenbefreiungsbewegung Zug in den Kamin?**

In der Stimmrechtsbewegung selbst vollzog sich ein bedeutender Wandel. Mit ihrem konfrontativen Auftreten hoben sich die jungen Frauen der neuen Frauenbewegung deutlich von den gemässigten Stimmrechtlerinnen ab. Im Vergleich mit den weit über die politische Gleichberechtigung hinausgehenden

Forderungen der neuen Frauenbewegung, etwa der Kritik an den Geschlechterrollen oder der Forderung nach selbstbestimmter Sexualität, erschien das Frauenstimmrecht als akzeptables Zugeständnis. Erst die in den 1970er-Jahren aufkommende neue Frauenbewegung setzte mit ihrer Kritik bei den Geschlechterrollen an und erhob damit erheblich weiter gehende Forderungen als einzig das politische Mitspracherecht.

**Womit hatten die ersten Nationalrätinnen am meisten zu kämpfen?**

Beide der heute noch lebenden ersten SP-Nationalrätinnen, Gabrielle Nanchen und Hanna Sahlfeld, sagen, sie seien im Rat gut aufgenommen worden. Angesichts der geringen Zahl an Nationalrätinnen musste auch keiner der Männer einen echten Machtverlust fürchten. Manche Männer fanden es «schön», dass jetzt Frauen im Rat waren. Zugleich standen die wenigen Frauen als die «anderen» im Scheinwerferlicht und damit auch unter besonderer Beobachtung.

**Wie ist «schön» zu verstehen?**

Die Frauen wurden in der öffentlichen Wahrnehmung oft aufs Äussere reduziert. In der Wochenschau zur Nationalratswahl ist beispielsweise die Rede von hübschen, charmannten, lächelnden, frischen Frauen. Dabei wurden ihre Kompetenzen, um die es in der Politik ja geht, gar nicht erwähnt.

**Das Parlament war von Männern für Männer gemacht.**

Von besonderer Bedeutung war für die ersten Nationalrätinnen der Anpassungsdruck. Es waren ganz wenige Frauen in einem komplett männlich dominierten Feld, das 1848 von Männern für Männer geschaffen worden war. Alle Regeln und Codes waren männlich konnotiert. Und Frauen brachen schon allein durch die Tatsache, dass sie Frauen waren, mit der bisherigen Regel, wonach Politik eben männlich ist. Bezüglich Anpassungs-



Fabienne Amlinger ist Historikerin und Geschlechterforscherin am interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern.

**Einführung des Frauenstimmrechts:**

Neuseeland  
1893

Australien  
1902

Finnland  
1906

Norwegen  
1913

Russland  
1917

Deutschland  
1918

Kanada  
1919

Albanien  
1920



Die ersten zwölf Nationalrätinnen, stehend von links: Elisabeth Blunschy-Steiner, Hedi Lang, Hanny Thalmann, Helen Meyer, Lilian Uchtenhagen, Josi Meier, Hanna Sahlfeld; sitzend Tilo Frey, Gabrielle Nanchen, Liselotte Spreng, Martha Ribl und Nelly Wicky.

druck erzählt die ehemalige SP-Nationalrätin Hanna Sahlfeld etwa, dass sie sich als Frau in einer Männerwelt spezifische Regeln auferlegen musste: Keinen Tropfen Alkohol trinken oder nie alleine mit einem Mann gesehen werden, weil sonst ein riesiger Skandal losgetreten worden wäre.

### Welches Gewicht hatten die Kritikerinnen des Frauenstimmrechts?

Es gab organisierte Frauen, die sich auf höchster Ebene gegen das Frauenstimmrecht einsetzten. Eines ihrer Argumente war, dass Frauen für die Politik nicht gemacht seien. Für die Gegner war es ein gefundenes Fressen. Denn damit konnten sie das Argument stützen, wonach Frauen das Frauenstimmrecht selbst gar nicht wollen.

### Wie viele Frauen kämpften eigentlich fürs Frauenstimmrecht?

Das Wort Frauenbewegung suggeriert Tausende von Aktivistinnen. Tatsächlich waren es in den besten Jahren bloss 3000 bis 5000 aktive Frauenrechtlerinnen.

### Was hat sich mit dem Frauenstimm- und -wahlrecht tatsächlich verändert?

Zunächst einmal wurde die Schweiz endlich so etwas wie eine Demokratie! Die politische Agenda veränderte sich. Viele der Nationalrätinnen setzten sich für Gleichstellungsthemen ein, auch parteiübergreifend. Themen wie Eherecht, Schwangerschaftsabbruch oder Mutterschaftsurlaub wurden massgeb-

lich von Frauen angestossen. Die Vorstellung davon, was als politisches Thema zu gelten habe, erweiterte sich. So wurde, angetrieben vor allem durch die neue Frauenbewegung, das Thema Schwangerschaftsabbruch vom Privatproblem zum politischen Thema.

### Was änderte sich in den Abstimmungsergebnissen?

Vor der Einführung des Frauenstimmrechts behaupteten die Konservativen, die Frauen würden links wählen. Linke Gegner des Frauenstimmrechts, die es auch gab, fürchteten, die Frauen würden katholisch wählen. Das bewahrheitete sich nicht. Es gab keine grossen politischen Verschiebungen. Die Statistiken zeigen, dass Frauen in der Tendenz eher links und eher grün wählen. Seit 1971 gaben Frauen bei etwas mehr als zehn Vorlagen den Ausschlag, beispielsweise bei der Gripen-Beschaffung, der Rassismus-Strafnorm oder der Kulturförderung. Mit Blick auf die Parlamente stellt man fest, dass Frauen tendenziell eher Gleichstellungsanliegen unterstützen. Doch auch hier zeigt sich: eine SVP-Frau hat meistens nicht viel gemein mit einer SP-Frau.

### Ende gut, alles gut?

Rechtlich und somit formal ist die Gleichberechtigung zum allergrössten Teil erreicht. In der Realität genügt ein Blick in die Statistik, um zu erkennen, dass beispielsweise politische Ämter auch heute noch häufiger von Männern besetzt werden – je prestigeträch-

tiger und wichtiger das Amt, desto höher der Männeranteil. Gleichzeitig sind Frauen deutlich mehr von Armut oder sexualisierter Gewalt betroffen. Doch jede Zeit birgt ihre eigenen Herausforderungen. Mit den sozialen Medien hat das Thema eine neue Dynamik erhalten, denken wir etwa an Sexismus im Netz.

## FRAUEN INS BUNDESHAUS!

Im Bernischen Historischen Museum ist – sobald es die Pandemie wieder zulässt – bis am 14. November 2021 die in Zusammenarbeit mit dem IZFG entstandene Ausstellung «Frauen ins Bundeshaus» zu sehen. Eindrücklich erzählen zwölf Politikerinnen ihre bis anhin ungehörten Geschichten, die von Mut, widerständigem Handeln, beharrlichem Engagement, Witz, aber auch Wut und Enttäuschung gekennzeichnet sind. Anhand von Videointerviews, Fotografien und Archivmaterial wird veranschaulicht, wie der Eintritt der Frauen vor 50 Jahren das Feld der Politik herausforderte und veränderte und mit welchen Realitäten sich heutige Politikerinnen konfrontiert sehen. Wer noch vor der Eröffnung der Museen einen Blick reinwerfen oder mit dem aufgeschalteten Podcast ein Ohr voll nehmen möchte: [bhm.ch](http://bhm.ch)

USA  
1920

Österreich  
1920

Spanien  
1931

Brasilien  
1932

Kuba  
1934

Philippinen  
1937

Frankreich  
1944

Indonesien  
1945

# Zeitzeuginnen im Gesp

WIE HABEN FRAUEN DIE EINFÜHRUNG DES STIMM- UND WAHLRECHTS ERLEBT? WELCHE BEDEUTUNG HATTE DIES FÜR SIE? UND WAS IST IHNEN IN DER GLEICHSTELLUNG HEUTE WICHTIG? WIR HABEN DREI PERSÖNLICHKEITEN GEFRAGT.



## Tiziana Mona

Erste Nachrichtensprecherin Europas

« 1969 wurde ich die erste Tagesschau-Sprecherin Europas und las die Hauptnachrichten am Tessiner Fernsehen. Einmal kritisierte ein Zuschauer, dass ich die Nachrichten zwar lesen, aber offensichtlich nicht verstehen würde. Ich entgegnete, dass ich sie sogar selbst redigiere und mit seiner Unterstützung an der Urne vielleicht bald selbst mitbestimmen dürfe. Doch darüber hinaus beschäftigte mich das fehlende Stimm- und Wahlrecht nicht besonders. Meine Mutter hatte mir beigebracht, dass Mädchen und Frauen alles erreichen können. Die Gleichstellungsfrage ist so viel grösser als das Stimm- und Wahlrecht! Dieses sollte eine Selbstverständlichkeit sein, so schien es mir schon damals. Es ist aber im Kontext eines echten sozialistischen und feministischen Kampfes marginal. Extrem formuliert, hat das Frauenstimm-

recht allein nicht viel zur Überwindung der realen Diskriminierung der Frauen beigetragen – wenn wir ganz nüchtern die Realität 50 Jahre später betrachten.

Anfang der 70er-Jahre war alles möglich, es herrschte Aufbruchstimmung. Ich reiste für längere Zeit in die USA und lernte dort die Grössen der feministischen Bewegung kennen, Kate Millet, Betty Friedan, Barbara Steinem, Robin Morgan. Zurück am Leutschenbach, moderierte ich weiter das «Telegiornale» und machte hinter den Kulissen Karriere – ich wurde Sendeleiterin und Inlandchefin, ab Mitte der 90er-Jahre war ich bei der Generaldirektion der SRG SSR in Bern für TV-Programme und internationale Zusammenarbeit zuständig. Von 1980 bis 1994 präsierte ich auch die Gewerkschaft SSM, und fast wäre ich Anfang der 90er-Jahre Präsidentin des

Schweizerischen Gewerkschaftsbunds geworden. Bitter war, dass mir ausgerechnet ein paar Frauenstimmen fehlten, wie mir später zugetragen wurde.

Manchen Frauen fehlt es auch heute noch an Selbstbewusstsein. Man sollte Empowerment-Kurse für Frauen machen! Frauen, traut euch und nehmt die Dinge an die Hand! Auch mit der Frauen-Solidarität ist es manchmal nicht weit her. Gerade im Arbeitsalltag sollten Frauen mit einer Leitungsfunktion Frauen fördern und dafür sorgen, dass die Frauen-Kultur besser im Unternehmen verankert wird. Denn schliesslich ist die Gleichstellung immer eine Machtfrage.»



## Hedy Burgener

Erste Urner SP-Landrätin und Vorkämpferin der Alpeninitiative

« 1969 sah ich Emilie Lieberherr in Bern. Ich war Feuer und Flamme. Was für eine Persönlichkeit! In ihrem roten Mantel beherrschte sie den Bundesplatz. Mit Trillerpfeifen verschafften wir uns Gehör, doch keiner der Herren im Bundeshaus hielt es für nötig, auf den Platz rauszukommen und mit uns zu diskutieren. Wir wollten endlich das Stimm- und Wahlrecht. Und seit wir es haben, habe ich keine einzige Wahl oder Abstimmung verpasst.

Politik wurde in der Beiz gemacht. Dort durften Frauen servieren, dienen und sich blöde Sprüche anhören. Das Weltbild konservativer Männer war bestimmt durch Wilhelm Tell, die Wehrpflicht und die Grenzbesetzung. Doch auch gewisse Frauen waren gegen das Frauenstimmrecht. Sie waren häufig mit einflussreichen Männern verheiratet. Es hiess dann «Isch das jetzt nötig?».

Es war dringend nötig. Frauenrechte sind Menschenrechte. So wurden die gleichen Rechte für Mann und Frau 1981 von den Frauen angenommen. Die Hälfte der Männer stimmte dagegen.

Ich bin auf einem liberalen Bauernhof im Luzerner Hinterland aufgewachsen. Unangefochtene «Chefin» war die Grossmutter. Als gelernte Köchin arbeitete ich dann lange im Kolping in Luzern. Ich bin sozial und bescheiden. Vielleicht bin ich mir deshalb nicht benachteiligt vorgekommen. Seit über 50 Jahren lebe ich nun in Erstfeld. Schon bevor ich Kinder bekam, habe ich mich immer engagiert. Ich habe geholfen und angepackt, wo es nötig war und ging – angefangen bei der Kindergartenkommission. So wurde ich später für den Landrat aufgestellt und siegte in einer Kampfwahl. Aber als Linke haben wir im Kanton Uri wenig Stich. Das Frauenstimmrecht

haben die Männer seinerzeit mit 63 Prozent verworfen.

Jahrelang setzte ich mich an vorderster Front für die Alpeninitiative ein, als sie noch von allen belächelt wurde. Ich sammelte Unterschriften, diskutierte, hielt über 150 Vorträge in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland. Es war die interessanteste Zeit meines Lebens.

Frauen müssen die Gleichstellung selbst in die Hände nehmen. Solange im Parlament nicht die Mehrheit in Frauenhand ist, wird die Gleichstellung nicht verwirklicht. Es gibt auch im Privaten viel zu tun. Frauen, die sich bei Mann und Kindern ständig für ihr Engagement ausser Haus rechtfertigen müssen, können keine Karriere machen. Auch im Arbeitsleben sind noch viele Forderungen für Gerechtigkeit und Gleichstellung offen. Betreuungsstrukturen für Kinder und gleicher Lohn für gleiche Arbeit sind nur zwei davon.»

Burkina Faso  
1946

Italien  
1946

Argentinien  
1947

Japan  
1947

China  
1949

Indien  
1950

Griechenland  
1952

Nicaragua  
1955

# räch



Aufgezeichnet von Leon de Perrot und Pia Wildberger

« Im Wallis – wo ich seit fast 55 Jahren lebe – wurde ein Jahr zuvor, am 12. April 1970, den Frauen das Stimm- und Wahlrecht gewährt. Dieses Datum war für mich wichtig. Da erhielt ich zurück, was ich früher schon gehabt hatte. Bevor ich meinen Mann kennenlernte, lebte ich im Kanton Waadt, der bereits 1959 das Frauenstimmrecht eingeführt hatte. Als ich ins Wallis zog, verlor ich meine Identität als Bürgerin. Dass ich von heute auf morgen wie eine Minderjährige behandelt wurde, empfand ich als zutiefst ungerecht. Ich war schon immer allergisch gegen Ungerechtigkeiten aller Art. Mein Mann und ich traten darum 1967 in die SP ein. Im Rahmen der Partei habe ich mich für das Frauenstimmrecht eingesetzt, mit Artikeln für die Walliser Bevölkerung und mit einigen Reden

vor Genoss:innen. Die nationale Kampagne? Daran habe ich mich nicht besonders beteiligt. Ich hatte zwei kleine Kinder, die mich mehr als Vollzeit beschäftigten, ich lebte in einem Bergdorf, hatte kein Auto und soziale Netzwerke gab es nicht. Am 7. Februar 1971 verfolgte ich die Nachrichten am Radio. Ich war sehr glücklich, aber da ich an diesem Tag mit den Kindern alleine zu Hause war, feierte ich das Ereignis nicht. Auch heute sind bestimmte gesellschaftliche Gruppen in der Schweiz nicht stimmberechtigt. Was jetzt in Genf passiert, wird sich hoffentlich in der ganzen Schweiz durchsetzen. In Genf haben Menschen mit einer «geistigen Behinderung» kürzlich ihre Bürgerrechte zurückbekommen. Sie dürfen stimmen und wählen gehen. Wir können auch über die Städte sprechen, in denen

Ausländer:innen das Stimmrecht haben, sofern sie seit einer gewissen Zeit in der Schweiz leben. Ich hoffe, dass dies überall möglich wird. Dies umso mehr, als sich diese Menschen oft stärker am öffentlichen Geschehen beteiligen als viele Schweizerinnen und Schweizer, die der Urne fernbleiben. Es sind schwierige Zeiten. Aber man darf die Hoffnung nicht verlieren. Wir alle wissen, dass jede Krise das Beste und das Schlimmste hervorbringt. Die Krise, die wir gerade durchleben, zeigt uns deutlich, dass wir auch in der Schweiz in einer Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten leben. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Der Schriftsteller Georges Bernanos schrieb: «Wir erleiden die Zukunft nicht, wir machen sie.» Genau das ist es, was ich glaube.»



## Gabrielle Nanchen

Erste Nationalrätin der SP zusammen mit drei Kolleginnen

7. Februar 1971: Frauen demonstrieren mit kantonalen und eidgenössischen Frauenstimmrechtsplakaten.



Ringier Bildarchiv



Den Ruhestand geniessen kann nur, wer in Würde von der Rente leben kann.

# Ein entscheidendes Jahr für unsere Renten

DV Traktandum 6

**IM FRÜHLING GEHT DIE PARLAMENTARISCHE DEBATTE ÜBER DIE ERSTE UND DIE ZWEITE SÄULE LOS. WIR WOLLEN DER BÜRGERLICHEN ABBAULOGIK PAROLI BIETEN UND DIE RENTEN-PROJEKTE AUF EINE SOZIALE SCHIENE BRINGEN. STATT PENSIONEN ZU KÜRZEN UND FRAUEN EINSEITIG ZU BELASTEN, SOLLEN DIE RENTEN ÜBER EINE ZUSATZFINANZIERUNG DURCH DIE NATIONALBANK SOWIE EINE VERBESSERUNG DER PENSIONS-KASSE FÜR TEILZEIT-ARBEITENDE GESICHERT WERDEN.**

Dank jährlichen Zusatzeinnahmen von zwei Milliarden Franken über die Steuer-AHV-Finanzierung (STAF) gibt es für die AHV eine Verschonungspause. Dennoch wird der Ständerat in der Frühlingsession die AHV21 und ein Sanierungspaket mit einer Erhöhung des Rentenalters für Frauen beraten. Die vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen sind ungenügend und werden vermutlich noch verschlechtert. Die AHV braucht zusätzliche Einnahmen, doch diese sollen über Einlagen der Nationalbank finanziert werden. Denn deren Reserven sind prall gefüllt.

Doch nicht nur über die erste, auch über die zweite Säule wird debattiert. Die nationalrätliche Gesundheitskommission startet im Februar mit der Beratung der BVG-Vorlage. Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament damit eine Vorlage,



Barbara Gysi,  
Nationalrätin SG

die die Sozialpartner gemeinsam erarbeitet haben. Sie bringt Verbesserungen für Teilzeitarbeitende, namentlich für Frauen, sowie über die Altersgruppen hinweg besser austarierte Lohnabzüge. Sie bringt jedoch auch eine Senkung des Umwandlungssatzes. Die Rentenhöhe insgesamt soll erhalten bleiben. Einerseits ist ein solidarisch finanzierter Rentenzuschlag vorgesehen, andererseits führt die Halbierung des Koordinationsabzugs dazu, dass ein grösserer Teil des Lohnes versichert ist.

## Gift für die Absicherung im Alter

Unsere AHV-Renten und die Renten der beruflichen Vorsorge stehen unter Druck. Die Bürgerlichen wollen die AHV schwächen und die dritte Säule ausbauen, also das private Sparen, das sich längst nicht alle leisten können. Die Finanzie-

rungsrezepte der Bürgerlichen sind so einseitig wie unsozial: Sie wollen ohne ausreichende Kompensation das Rentenalter erhöhen und den Umwandlungssatz senken. Das führt zu tieferen Renten und ist Gift für die Absicherung im Alter. Schon heute sind rund ein Viertel der Altersrentner:innen von Armut betroffen oder armutsgefährdet, zwölf Prozent beziehen Ergänzungsleistungen.

Für uns ist klar: Wir werden uns mit aller Vehemenz für existenzsichernde Renten einsetzen. Mit der Resolution, die an der Delegiertenversammlung vom 13. Februar diskutiert wird, ziehen wir unsere roten Linien: Keine Rentensenkungen, keine Rentenaltererhöhung für die Frauen, keine Abstriche beim BVG-Sozialpartnerkompromiss. Für einen sicheren Lebensabend für alle.



# «Zu spät, lückenhaft, ungenügend»

**DIE SP PRÄGT AUCH AUF KANTONALER EBENE DIE CORONA-DEBATTE UND MACHT SEIT BEGINN DER KRISE KONSTRUKTIVE VORSCHLÄGE. «LINKS.LU» BEFRAGTE DAZU FRAKTIONSCHIEF MARCEL BUDMIGER.** Interview: Sebastian Dissler

**Die SP ist Vorstosskönigin 2020 im Kantonsrat – gerade auch wegen Corona. Nutzt die SP die Krise zur Selbstprofilierung?**

Wir würden gerne weniger Vorstösse einreichen, wenn die Regierung ihren Job machen würde. Zu Beginn der Krise brachten wir informell Themen in die Regierung ein, von denen wir wussten, dass sie im aktuellen Regierungsrat wohl vergessen gehen: Kinderbetreuung, Information an Fremdsprachige



Marcel Budmiger

oder häusliche Gewalt während des Lockdowns. Wo sich die Regierung dem Thema nicht annahm, doppelten wir später mit Vorstössen nach.

**Die Regierung mache ihren Job nicht. Was kritisiert die SP am Regierungsrat?**

Die Corona-Politik der Regierung kurz zusammengefasst: zu spät, lückenhaft, ungenügend. Die blinde Sparideologie ist bei den Bürgerlichen derart vorherrschend, dass sie das Ausmass der Krise nicht gesehen haben. Man wollte möglichst wenig Geld ausgeben und sparte beim Contact Tracing – die Folgen sehen wir jetzt. Auch bei der Hilfe für Luzerner KMU reagierte man erst, als der Bund das Härtefallregime aufzog – und massgeblich finanzierte. Es gäbe noch viele weitere Beispiele.

**Ist die SP die neue KMU-Partei?**

Die SP stand schon immer auf der Seite der Schwachen, die sonst keine starke Lobby haben. Wenn wir mehr Geld für KMU fordern, müssen wir uns also nicht verbiegen. Viele Bürgerliche reagierten gereizt, als wir ihre KMU-Sonntagspredigten als solche entlarvten. Und für die Betroffenen war es frustrierend zu sehen, dass sie von «ihren»

Vertretern im Stich gelassen wurden. Wer so im Regen stehen gelassen wird, vergisst das nicht so schnell.

**Wie geht es nun weiter?**

Im Januar hatten die Bürgerlichen keine andere Wahl mehr, als mit uns zusammenzuarbeiten und wichtige Lücken der Härtefallregelung zu schliessen. Diesen Druck müssen wir nun aufrechterhalten, damit es endlich auch Verbesserungen für das Gesundheitspersonal gibt. Auch den Corona-bedingten Anstieg der Armut müssen wir bekämpfen. Das sind SP-Kernthemen und wir werden uns entsprechend einbringen – wenn nötig auch mit weiteren Vorstössen.

**«Für die Betroffenen war es frustrierend zu sehen, dass sie von «ihren» Vertretern im Stich gelassen wurden.»**

AUS DEM GROSSEN RAT

# Mindestlohn jetzt – erster Schritt gemacht!

An seiner letzten Sitzung hat der Grosse Rat mit einer klaren Mehrheit Ja gesagt zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Der in der Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) ausgehandelte Kompromiss hatte Bestand und wird als Gegenvorschlag der Mindestlohn-Initiative gegenübergestellt. Dies ist beachtlich. Auch Politiker:innen von CVP, FDP und SVP haben einen kantonalen Mindestlohn unterstützt. Der Gegenvorschlag führt berechtigterweise auch zu Kritik. Denn er beinhaltet schmerzhafteste Punkte. So ist die geforderte Mindestlohnhöhe von 21 Franken aus Sicht der SP-Fraktion grundsätzlich zu tief. Was in diesem Zusammenhang wichtig ist: Teil des Gegenvorschlags und des Kompromisses in der WAK ist, dass die Anpassung des



Beda Baumgartner,  
Mitglied der WAK

Mindestlohnes über den Misch-Index passiert: Arbeitnehmende profitieren so vom Wirtschaftswachstum. Negativ wiederum ist die Ausnahme von allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen und Normalarbeitsverträgen, was ein enormes Zugeständnis von unserer Seite darstellt.

## 18 000 profitieren ganz konkret

Dennoch ist das Fazit ein positives: Für die SP-Fraktion ist es zentral, dass ein Mindestlohn in Basel-Stadt eingeführt wird. Wir verbessern damit die Situation von circa 18 000 Arbeitnehmenden ganz konkret. Und wir senden ein positives Signal aus und setzen einen Standard, der grossen Einfluss darauf haben kann, wie Arbeit in Basel in den nächsten Jahren bezahlt wird.

Der Gegenvorschlag der WAK ist also nicht das Wunschscenario. Aber er erhöht die Chance eines kantonalen Mindestlohnes. Und er zeigt, wie viel Druck die Mindestlohn-Initiative und die Aktivist:innen entwickeln konnten und können. Der Wunsch nach fairen Löhnen in Basel ist gross. Leider hat das Parlament die Mindestlohn-Initiative nicht zur Annahme empfohlen. Über das weitere Vorgehen bei der Initiative wird das Initiativ-Komitee beschliessen. Mit dem Gegenvorschlag wurde der erste Schritt hin zu gerechteren Löhnen gemacht. Der zweite muss an der Urne durch die Bevölkerung folgen.

*Damit Basel-Stadt als erster Deutschschweizer Kanton überhaupt im Jahr 2021 einen Mindestlohn einführt.*

AUS DEM LANDRAT

# Ein nachhaltiges Impulsprogramm für die Wirtschaft nach Corona

Im Baselbieter Landrat wird derzeit die Bewältigung der Corona-Pandemie anhand unterschiedlichster Vorstösse diskutiert. Uns Landrätinnen und Landräten der SP sind dabei Härtefallregelungen wichtig, welche die Nöte der Menschen, die keine Lobby haben, lindern. Dazu gehören zum Beispiel die Kulturschaffenden, kleine Läden, die Nischen abdecken, oder auch selbständige Gastronomen und Gastronominnen. So wurde auf Initiative der SP die Drittelslösung für Geschäftsmieten nach dem Basler Modell angenommen.

Viel zu kurz kommt aber die Frage, was wir aus der Krise lernen und wie wir uns für eine Zukunft nach Corona rüsten. Es kann nicht das Ziel sein, so rasch wie möglich zur Normalität zurückzukehren. Oder wie es Emma-



Thomas Noack, Landrat SP BL

nuel Rahm, erster Stabschef von US-Präsident Barack Obama, angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 ausgedrückt hat: «Man sollte eine schwere Krise nicht verschwenden. Es ist die Gelegenheit, Dinge zu tun, die vorher nicht möglich waren.»

Die Bewältigung der Krise muss auch zu einem Umdenken in der lokalen Wirtschaft führen. Als kritischer Wirtschaftsfaktor in der Coronakrise hat sich die starke Abhängigkeit von der globalen Arbeitsteilung und den globalen Lieferketten herausgestellt. Hier braucht es ein Umdenken hin zu einer kleinräumigeren, breit abgestützten Wirtschaft mit vermehrter lokaler Produktion, die auch mit einer besseren lokalen Wertschöpfung einhergeht. Zudem muss nun endlich der Klimaschutz

als wirtschaftliche Chance genutzt werden. Klima und Umweltschutz sind die Treiber für eine nachhaltige Wirtschaft und zukunftsfähige Jobs.

Deshalb fordern wir mit einem Vorstoss den Regierungsrat auf, ein Impulsprogramm auszuarbeiten. Es muss weit über die Härtefallmassnahmen, die oftmals lediglich dem Strukturertreten dienen, hinausgehen und soll gezielt innovative Technologien und Betriebe im Bereich des Klimaschutzes, der erneuerbaren Energien und zukunftsorientierten Mobilitätsdienstleistungen fördern. Zudem soll es auf eine konsequente Ausrichtung der lokalen Wirtschaft auf Nachhaltigkeit und Digitalisierung abzielen und die lokale Produktion und Wertschöpfung in der Region unterstützen.



# Bis zu 81 Millionen Franken für 1 Kilometer Asphalt?

**DER WIDERSTAND AUS DER THALER BEVÖLKERUNG GEGEN DIE UMFAHRUNG KLUS IST GROSS. DAS «THALER KOMITEE NEIN ZUR ÜBERRISSENEN 81-MILLIONEN-LUXUSSTRASSE» WÄCHST KONTINUIERLICH, UND DER VORSTAND DER SP THAL-GÄU HAT EINSTIMMIG BESCHLOSSEN DAS REFERENDUM GEGEN DIESES UNNÖTIGE PROJEKT ZU ERGREIFEN.**

Gemäss Regierungsrat reduziert eine Umfahrung die Fahrzeit im Pendelverkehr am Abend zwischen Oensingen und Balsthal von 8,5 auf rund 4 Minuten. Wegen 4,5 Minuten will der Kanton also insgesamt bis zu 81 Millionen Franken in eine neue Umfahrungsstrasse mit einem 300 m langen Viadukt und einem 225 m langen Tunnel verlocken.

## Die Belastung bleibt hoch

Die Fürsprecher des Projekts weisen gerne auf eine Entlastung der Häuser in der Klus hin. Doch sie unterschlagen dabei, dass trotz Umfahrung Klus weiterhin rund 5000 Fahrzeuge die bisherige Strasse benutzen werden. Zu viel Verkehr für eine deutlich bessere Lebensqualität – aber zu wenig Verkehr für das Überleben der aktuell in der Klus vorhandenen Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe.

## Mehrbelastung eines ganzen Quartiers?

Vor allem wird gerne verschwiegen, dass die geplante Umfahrung ein bestehendes Wohnquartier bedroht. Die neue Strasse würde direkt vor den Wohnungen im Gun-

tenfluh- und Neumattquartier gebaut. Rund 150 Bewohnerinnen und Bewohner müssen mit viel mehr Lärm und Luftschadstoffen rechnen. Einige Wohnhäuser würden sogar abgerissen. Wo heute noch Kinder spielen, werden danach Lastwagen vorbeidonnern.

## Keine Verkehrszunahme in den letzten Jahren

Der tägliche Verkehr auf der Strasse durch die Klus ist gemäss Statistik des Kantons seit zehn Jahren stabil. Tendenziell ist in der Klus aufgrund einer veränderten Thaler Bevölkerungsstruktur sogar eine Verkehrsreduktion zu erwarten. Es ist bedauerlich, dass sich die Befürworter auf diese Umfahrung versteifen und andere, kostengünstige Verbesserungsvorschläge ablehnen. Bevor man bis zu 81 Steuermillionen für ein solches Projekt ausgibt, sollte man Alternativen wie eine offene Bahnschranke bei der Thalbrücke oder ein Linksabbiegeverbot von der Sagmattstrasse in die Solothurnerstrasse sorgfältig geprüft haben.

## Der Klimaschutz erfordert ein Umdenken

Die geplante Umfahrung ist ein Konzept aus dem letzten Jahrhundert. Die Arbeitswelt der Zukunft und die Mobilität wandeln sich stark. Angesichts einer drohenden Klimakatastrophe steht ein solches Luxusprojekt, das auf rund zwei Stunden Pendelverkehrspitzen ausgerichtet ist, buchstäblich quer in der Landschaft

## Ein solches Projekt gehört an die Urne

Über ein Projekt in dieser Grössenordnung sollte eigentlich zwingend an der Urne abgestimmt werden. Da dies aufgrund der kantonalen Gesetzgebung nicht vorgesehen ist, haben wir das Referendum ergriffen. Bitte unterschreiben Sie den beiliegenden Unterschriftenbogen und senden Sie ihn möglichst umgehend zurück. Herzlichen Dank für die Unterstützung im kommenden Abstimmungskampf.

[www.verkehrsanbindungthal.ch](http://www.verkehrsanbindungthal.ch)

Fabian Müller, Präsident SP Thal-Gäu, Alt-Kantonsrat

## KOMMENTAR



## Hat uns das Frauenstimmrecht gesellschaftlich weitergebracht?

50 Jahre nach dem überfälligen Ende des exklusiven Männerstimmrechts ist es frustrierend: Noch immer erhalten Frauen weniger Lohn, sind in Machtpositionen untervertreten oder werden strukturell und ideell in Haushalt und Kinderbetreuung gedrängt.

Die Gesellschaft vor 50 Jahren kenne ich nur aus Medien und Erzählungen. Da gab es wohl wenig andere Möglichkeiten für Frauen, als sich von Männern abhängig zu machen. Da war es eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, dass Frauen «auf ihren Platz» verwiesen wurden, da sie angeblich von vielem keine Ahnung hatten. Glücklicherweise ist Sexismus in diesem Ausmass heute nicht mehr salonfähig. Ja, Fortschritt hat stattgefunden.

Am Beispiel des Partnerschaftsgesetzes, für das ich vor über 15 Jahren erstmals politisch aktiv wurde, konnte ich eine solche Entwicklung selber erleben. Dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften per Volksabstimmung rechtlich anerkannt wurden, hat die gesellschaftliche Akzeptanz gestärkt. Auch hier sind wir zwar mit dem Gesetz die Homophobie bei weitem nicht losgeworden, diese hat jedoch genauso wie der Sexismus an Legitimität verloren.

Der Kampf um gleiche Rechte ist ein wichtiger Teil auf dem Weg zu einer sozialen Gesellschaft. In diesem Sinne freue ich mich schon heute auf den Film «Die göttliche Ordnung 2» zum Ausländer:innenstimmrecht – und auf das damit verbundene Entsetzen darüber, wie selbstverständlich fremdenfeindlich unsere heutige Gesellschaft doch war.

Der Schulische:r Heilpädagog:in und Queeraktivist:in Ruben Ott von Baden ist Mitglied des Vorstands der SP der Stadt Baden.

# Im neuen Amt: Was steht an?

**MIT MEINEM AMTSANTRITT ALS REGIERUNGSRAT AM 1. JANUAR 2021 HABE ICH DIE POLITIK ZUM BERUF GEMACHT, UND ICH VERSUCHE, FÜR DIE MENSCHEN IM AARGAU ZU ARBEITEN. EIN KURZER BLICK AUF MEINE BEFINDLICHKEIT IN DEN ERSTEN AMTSTAGEN UND AUF WICHTIGE THEMEN IN MEINEM DEPARTEMENT VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES (DVI):**

Nach 18 Jahren als Parlamentsmitglied in die Regierung zu wechseln, hat es in sich: Aussagen zu machen, die nicht nur für eine Partei, sondern für alle gelten müssen, ist herausfordernd. Und der Druck ist gross bei Entscheidungen, die für viele Menschen

Härtefalleleistungen für Unternehmen, dessen Finanzierung sich Bund und Kantone teilen, ist das DVI federführend. Es ist schön zu sehen, dass die Zahlungen, die seit Mitte Dezember fliessen, für viele Betriebe eine Hoffnung sind, die Krise zu überstehen und Arbeitsplätze zu retten. Auch das bekommt man in einem solchen Amt hautnah und eindrucksvoll mit. In Prüfung sind weitere Massnahmen, vor allem Teil-Entschädigungen von Fixkosten wie Mieten.



Auswirkungen haben – teils gar existenzielle. Ich spüre: Man erwartet etwas von mir – aber auch die Bereitschaft, mich in meiner Arbeit zu unterstützen, ist gross. Die unsichere Zeit rund um Corona brachte es auch mit sich, dass über die Festtage viele Arbeiten und Entscheidungen anstanden, in die ich soweit möglich bereits miteinbezogen wurde. So war denn mein erster Arbeitstag kein «Kaltstart».

### Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die zweite Welle macht uns allen zu schaffen – und sie macht politische Entscheidungen nicht einfacher und nicht weniger folgenreich. Wie gut, sinnvoll oder gar gerecht getroffene Massnahmen sind, ist ungewiss. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Situation immer wieder neu zu analysieren – und die Massnahmen breit zu diskutieren. Die Politik kann mindestens gewisse wirtschaftliche Folgen abschwächen. Beim Programm

### Integration

Trotz Corona: Es gibt auch langfristige Themen im DVI, so die Integrationspolitik. Dazu steht dieses Jahr eine wichtige Entscheidung an. Denn das mit dem Bund koordinierte kantonale Integrationsprogramm, das bis Ende Jahr dauert, soll um zwei Jahre verlängert werden. Den nötigen Kredit wird im Sommer das Parlament beraten. Mit dem Programm konnten in den letzten vier Jahren wichtige Schritte bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gemacht werden. So arbeiten heute sechs regionale Integrationsfachstellen intensiv mit dem Kanton zusammen, und die wichtige freiwillige Arbeit im Asylbereich wird besser unterstützt. Diese Arbeit muss und wird weitergehen.

ten heute sechs regionale Integrationsfachstellen intensiv mit dem Kanton zusammen, und die wichtige freiwillige Arbeit im Asylbereich wird besser unterstützt. Diese Arbeit muss und wird weitergehen.

### Sicherheit

Die Arbeit der Polizei ist in Corona-Zeiten komplexer – und immer wieder abhängig von den aktuellen Regelungen und der Stimmung in der Bevölkerung. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass es im Aargau mehr Polizeikräfte braucht. Denn in Bereichen wie der Menschenhandels- oder der Internet-Kriminalität müssten wir mehr tun. Dafür setze ich mich ein – auch wenn im Frühling ein Bericht veröffentlicht wird, der das duale Sicherheitssystem mit Kantonspolizei und verschiedenen Regionalpolizeien unter die Lupe nimmt.

Dieter Egli von Windisch ist seit Januar 2021 Aargauer SP-Regierungsrat.



Glück gehabt: Diese Jugendliche hat eine Lehrstelle gefunden.

## Perspektiven für alle – SP verlangt eine Jugendzukunftsgarantie

Die Corona-Krise verlangt uns allen viel ab, egal ob jung oder alt. Die Einschränkungen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der Pandemie sind bedauerlich, aber unvermeidlich. Sie dienen kurzfristig dem Schutz der Gesundheit und langfristig dem Erhalt von Firmen und Arbeitsplätzen. Unzählige Menschen stehen vor wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Erschreckend sind die Arbeitslosenzahlen bei älteren und insbesondere auch bei jüngeren Menschen.

Gemäss Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) ist die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) im Dezember 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat um über 40 Prozent angestiegen. Wer keine Lehrstelle oder nach einer Lehre keinen Anschluss findet, droht den Boden unter den Füssen zu verlieren. Die Corona-Krise verschärft diese Existenzängste zusätzlich.

### Perspektive geben

Als SP setzen wir uns seit Beginn der Krise dafür ein, die Auswirkungen der Pandemie abzufedern und den betroffenen Menschen eine Pers-



Cédric Wermuth und Mattea Meyer, Co-Parteipräsidenten

pektive zu geben. Darum fordern wir eine «Jugendzukunftsgarantie». Keine Jugendliche und kein Jugendlicher darf durch die Maschen fallen.

Die Politik könnte hier viel tun. Erstens muss sie jetzt eine Service-public-Offensive starten, und zwar in denjenigen Bereichen, in denen wir absehbar grossen Bedarf haben. Das ist besonders in der Pflege, bei der Kinderbetreuung, im öffentlichen Verkehr und beim Klimaschutz der Fall. Die Verwaltung in Bund und Kantonen sowie die staatsnahen Betriebe können schnell Lehrstellen und Weiterbeschäftigungen anbieten. Zweitens müssen bereits bestehende Lehrverhältnisse gesichert werden, notfalls in anderen Betrieben.

### Investition in die Zukunft

Drittens brauchen die Jugendlichen eine garantierte Perspektive nach Abschluss der Lehre oder des Studiums. Dafür könnten Bund und Kantone ein Corona-Stipendienprogramm starten. Gefragt sind die Branchen, die von der Krise profitiert haben. Von ihnen fordern wir, dass sie jetzt ihre Verantwortung

wahrnehmen – als Gegenleistung gegenüber der Gesellschaft.

Der Bund hat die Mittel, um in dieses Zukunftsprojekt zu investieren. Erstens hat er in den letzten Jahren Milliardenüberschüsse erzielt, allein seit 2010 über 20 Milliarden Franken. Wann, wenn nicht in einer Jahrhundertkrise, soll er diese Ressourcen zur Unterstützung von Wirtschaft und Bevölkerung nutzen? Zweitens ist eine Neuerschulung angesichts der international rekordtiefen Schuldenquote der Schweiz gut tragbar.

Dank der SP sind die Themen Ausbildung, Weiterbildung und Chancengleichheit in der öffentlichen Debatte präsent. Bildung ist ein Menschenrecht. Darum sollen alle Jugendlichen auch in Zeiten von Corona von einem hochwertigen Bildungsangebot profitieren, ausgehend von ihren Fähigkeiten und Neigungen. Und unabhängig von Wohnort, Geschlecht, Nationalität und sozialer Herkunft.



ABSTIMMUNG VOM 7. MÄRZ 2021

# Palmöl wird zur Gretchen

IM MÄRZ KOMMT DAS FREIHANDELSABKOMMEN MIT INDONESIEN ZUR ABSTIMMUNG. DIE MEINUNGSBILDUNG INNERHALB DER SP IST IN VOLLEM GANG – AUSGANG OFFEN. DAS PRÄSIDIUM UND DIE GESCHÄFTSLEITUNG EMPFEHLEN DEN DELEGIERTEN FÜR DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG IM FEBRUAR DIE JA-PAROLE.

## PRO | Ein Ja zu neuen, fairen Handelsregeln!



Fabian Molina,  
Nationalrat ZH

Seit Jahren kämpft die SP dafür, dass sich der Handel mit anderen Ländern nicht mehr am Dogma des Freihandels orientiert. Sondern dass Regeln für fairen Handel verankert werden, die auch den Ländern des Südens zugute kommen. Beim Wirtschaftsabkommen mit Indonesien konnten wir dies im Parlament in dreifacher Hinsicht erreichen:

1. Zum ersten Mal wird ein fair produziertes Produkt im Handel besser behandelt als ein konventionelles: Nur nachhaltig produziertes Palmöl kann mit tieferen Zöllen eingeführt werden. Palmöl, das zu Zerstörung von Regenwald oder Menschenrechtsverletzungen führt, kann wie bis anhin importiert werden, es wird jedoch der volle Zoll fällig. Über Gelder der Entwicklungszusammenarbeit bekommen indonesische Produzent:innen Unterstützung, um die nötigen Standards zu erfüllen. Und die Standards werden kontrolliert und regelmässig überprüft, und zwar unter Einbezug der Zivilgesellschaft.

2. Die fairen Handelsregeln werden durchgesetzt, indem Unternehmen haftbar gemacht werden – wie es die Konzernverantwortungsinitiative forderte. Internationale Regeln müssen im Schweizer Recht verankert werden, damit Konzerne hierzulande verantwortlich gemacht werden können. Mit der dazugehörigen ersten Verordnung zu einem Handelsabkommen müssen Importeure geradestehen und eine Busse bezahlen, wenn sie die Nachhaltigkeitsbestimmungen nicht einhalten.

3. Das Abkommen schafft die Grundlage für künftige Abkommen: Handelsregeln für fair produzierte Produkte und die direkte Anwendung auf Unternehmen müssen der Standard für alle neuen Handelsverträge der Schweiz werden. Ein Ja zum Indonesien-Abkommen ist ein Schritt hin zu neuen, fairen Handelsregeln. Als Nächstes müssen diese Regeln in einem Aussenwirtschaftsgesetz verankert werden. Ein Handelsvertrag, der diesen Ansprüchen nicht gerecht wird, dürfte im Parlament und beim Volk in Zukunft keine Chance mehr haben.

Wenn das Abkommen am 7. März abgelehnt wird, würde auch in Zukunft dreckiges Palmöl aus Indonesien gemäss den schlechteren WTO-Regeln in die Schweiz importiert. Mit einem Ja haben wir hingegen die Möglichkeit, bessere Regeln zu verankern und in Indonesien eine nachhaltige Entwicklung anzustossen.

## CONTRA | Die Zeche beza



Ronja Jansen,  
JUSO-Präsidentin

Jede Stunde verschwindet in Indonesien Regenwald von der Fläche von 100 Fussballfeldern.

Die Folgen der rücksichtslosen Entwaldung sind drastisch: Die Abholzung des Regenwaldes zerstört den Lebensraum von Tieren, verringert die Biodiversität und treibt den Klimawandel massiv an. Mit jeder Hektare gerodeten Regenwaldes werden nach Angaben des Eidgenössischen Instituts für Wald, Schnee und Landschaft über 170 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre befördert. Die Abholzung des Urwaldes ist für 15 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Haupttreiber der Entwaldung sind riesige Palmöl-Plantagen, die ihren Eigentümerinnen und Eigentümern jedes Jahr Milliarden in die Taschen spülen.

Das Indonesien-Abkommen zielt darauf ab, dieses dreckige Geschäft noch profitabler zu machen. Das Abkommen sieht zwar Nachhaltigkeitskriterien vor, doch die vorge-



frage

## hlen die 99 Prozent

sehenen RSPO-Kriterien stehen seit Jahren in der Kritik, weil die Kontrollmechanismen zu wenig greifen.

«Besser als nichts» reicht als Rechtfertigung für diese Augenwischerei nicht aus.

Doch auch in anderen Teilen des Abkommens wird deutlich, dass nur das reichste 1 Prozent und die Konzerne profitieren: So sieht der Vertrag massive Verschärfungen beim Sortenschutz vor. Kleinbauernfamilien in Indonesien werden damit in die Abhängigkeit von Konzernen gedrängt und gezwungen, jährlich Abgaben für patentiertes Saatgut zu entrichten. Lokale Saatgutsorten werden verdrängt und die Ernährungssicherheit von Kleinbauernfamilien massiv gefährdet.

Das Abkommen sieht zudem strengere Regeln bei Medikamentenpatenten vor.

Exorbitante Medikamentenpreise sorgen schon heute dafür, dass unzählige Menschen keinen Zugang zu lebensrettenden Medikamenten haben. Mit den geplanten Verschärfungen droht diese Zahl massiv anzusteigen, weil günstige Generikaprojekte verschwinden.

Alle diese Punkte machen deutlich: Den Preis für dieses Freihandelsabkommen zahlen die 99 Prozent. Als SP können wir dies keinesfalls zulassen. Schluss mit Freihandel im Interesse der Mächtigen, her mit fairem Handel für alle!

# Bei der UBS zum Passbüro?

**DAS E-ID-GESETZ WILL DIE ELEKTRONISCHE ID PRIVATEN ÜBERLASSEN. FÜR DIE SP HINGEGEN IST KLAR: DAS IST EINE AUFGABE DES STAATES, DAS MUSS SERVICE PUBLIC SEIN. DARUM: NEIN ZUR E-ID!**



Min Li Marti,  
Nationalrätin ZH

Wenn du deinen Pass erneuern musst, gehst du dann an den Bankschalter oder ins Passbüro? Die Vorstellung, einen Pass in einer Bank oder bei Amazon zu bestellen, klingt absurd. Sie soll aber teilweise Realität werden, wenn es nach dem Willen der Bürgerlichen geht.

### Hoheitliche Aufgabe

Am 7. März stimmen wir über das E-ID-Gesetz ab. Die elektronische ID soll nach dem Willen des Gesetzgebers von Privaten und nicht vom Bund herausgegeben werden. Die E-ID ist natürlich kein Reisedokument. Aber sie soll überall zum Einsatz kommen, wo wir uns im Internet ausweisen müssen. Zum Beispiel, um ein Bankkonto zu eröffnen, einen Handyvertrag abzuschliessen oder einen Strafregisterauszug zu bestellen. Heute braucht es dazu einen Pass oder eine ID. Künftig soll dies auch mit einer E-ID möglich sein. Diese E-ID ist aber auch für weitere elektronische Dienstleistungen vorgesehen: für das Ausfüllen der Steuerer-

klärung, das Bestellen eines Betriebsregisterauszugs oder auch für die Lieferung von Getränken.

Die Herausgabe eines Ausweises ist eine urhoheitliche Aufgabe, die vom Staat wahrgenommen werden muss und keinesfalls dem Markt überlassen werden darf. Doch gemäss E-ID-Gesetz sollen dies private Firmen tun. Sie würden den «Pass» ausstellen, ihn vermarkten und die dafür notwendige Infrastruktur unterhalten. Der Bund darf gemäss Gesetz selbst keine E-ID anbieten und sich auch nicht an einer Firma beteiligen, die dies tut. Er käme nur zum Einsatz, wenn die Privaten versagen würden.

### Markt oder Monopol

Die Befürworterinnen und Befürworter des E-ID-Gesetzes sagen: Der Bund könne es nicht, der Markt solle es richten. Allerdings ist fraglich, ob es zu diesem Wettbewerb kommen wird. Hinter den Kulissen steht die Firma Swiss Sign bereit. Sie besteht aus einem Zusammenschluss von Banken, Versicherungen, Krankenkassen und staatsnahen Betrieben. Man kann davon ausgehen, dass sie bald eine marktbeherrschende Stellung einnehmen wird. Falls es daneben Konkurrenten schaffen würden, dann wohl am ehesten finanzkräftige Tech-Giganten aus dem Ausland, also Apple, Amazon oder Google.

Die E-ID ist auch vorgesehen für Leistungen im Bereich des Service public, etwa für das elektronische Patientendossier. Gerade hier ist Vertrauen zentral. Dieses ist laut einer Umfrage von Demoscope gegenüber dem Staat grösser als gegenüber Privaten: 87 Prozent der Bevölkerung wollen die E-ID vom Staat beziehen und nur gerade 2 Prozent von einer privaten Firma. Mir geht es genauso. Nur ein Nein am 7. März ermöglicht dies.



# Ausnahmslos gegen Rassismus und Sexismus – Nein zur Burka-Initiative

**AN DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG MITTE FEBRUAR WIRD DIE SP SCHWEIZ DIE PAROLE ZUR BURKA-INITIATIVE FASSEN. DIE SP-FRAUEN\* HABEN DER SVP-INITIATIVE JEDOCH BEREITS DEN KAMPF ANGESAGT. AUCH PRÄSIDIUM UND GESCHÄFTSLEITUNG DER SP EMPFEHLEN DEN DELEGIERTEN EINSTIMMIG EIN NEIN.**



Tamara Funicello,  
Co-Präsidentin  
der SP Frauen\* und  
Nationalrätin BE

Weshalb sagen wir Nein zur Burka-Initiative? Hier unsere Gründe:

## Ausnahmslos gegen Rassismus und Sexismus

Die Burka-Initiative ist heuchlerisch, rassistisch motiviert und kontraproduktiv. Sie stammt von einer Partei, die keinen Hehl aus ihrem Rassismus und ihrer Islamfeindlichkeit macht und der die Frauenrechte seit eh und je egal sind. Die Initiative gaukelt vor, ein Scheinproblem zu lösen, und stellt dazu 400 000 Muslim:innen in der Schweiz an den Pranger.

Für die SP ist klar: Wir wehren uns gegen Sexismus und Rassismus und stehen für Selbstbestimmung ein. Wir stellen uns gegen alle, die Gewalt ausüben und anderen ihre Meinung und Vorstellungen aufzwingen. Unabhängig von ihrer Nationalität, Religion oder Lebensweise, egal ob auf der Strasse, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet – kurz: #ausnahmslos.

## Mein Körper gehört mir

Frauen wird seit Jahrhunderten vorgeschrieben, was sie tragen sollen – und was nicht. Nie ist es gut: zu kurz, zu lang, zu eng, zu weit, zu verdeckt, zu freizügig. Frauen wird vorgeschrieben, was mit ihren Körpern gesehen soll und was nicht, wie sie auszusehen haben und wie nicht. Wir sagen: Genug!

Niemand darf über den Körper von Frauen entscheiden – ausser die Frauen selbst. Wir stellen uns entschieden gegen alle, die Frauen Vorschriften machen wollen: gegen Menschen und Staaten, die Frauen verbieten, sich zu verschleiern, genauso wie gegen solche, die es ihnen vorschreiben.

Wir stehen ein für die Selbstbestimmung von Frauen – hier und weltweit. Denn mein Körper gehört mir.

## Gegen Patriarchat und Sexismus

Dass die SVP versucht, sich als Retterin der Frauen aufzuspielen, ist ein Hohn. Wir reden hier von der Partei, die bis 1991 den Frauen das Stimmrecht verweigern wollte, die Vergewaltigung in der Ehe nicht zum Offizialdelikt erheben wollte, die Lohnungleichheit leugnet und sich gegen jeden feministischen Fortschritt stellt. Es ging ihnen nie um Frauenrechte, sondern darum, antimuslimische Ressentiments zu schüren. Wir kämpfen gegen patriarchale und sexistische Strukturen, immer und überall.

## Sexismus ist nicht importiert – wir kriegen das gut selbst hin

Die SVP gaukelt uns vor, dass die Unterdrückung von Frauen und Mädchen ein Problem der «anderen» sei. Der Muslime, der «Ausländer», der «Fremden». Das ist schlicht und einfach falsch. Sexismus gibt es in unterschiedlichen Ausprägungen seit Jahrhunderten auf der ganzen Welt. Weder Kultur noch Religion, sondern das Patriarchat ist das Problem. Nie werden wir Sexismus relativieren – immer werden wir ihn bekämpfen. Frauen werden unterdrückt, hier und weltweit. Wir kämpfen für unsere Befreiung und zwar #ausnahmslos.

## DARUM GEHT ES

Die Initiative verlangt für alle öffentlich zugänglichen Orte ein Verbot, sein Gesicht zu verhüllen. Ausnahmen sind ausschliesslich für Gotteshäuser und andere Sakralstätten vorgesehen sowie aus Gründen der Sicherheit, des Schutzes vor Kälte, des einheimischen Brauchtums sowie der Gesundheit, was angesichts der aktuellen Maskenpflicht nicht einer gewissen Ironie entbehrt.



# Das Schick auch unser

**ES WAR EINE SPANNENDE UND TIEFSCHÜRFENDE TAGUNG AN DIESEM SAMSTAGVORMITTAG IM JANUAR. DAZU EINGELADEN HATTE DIE GRUPPE «SP-SEKTION EU». UNTER DEM MOTTO «DAS SCHICKSAL DER EU IST AUCH UNSER SCHICKSAL!» WOLLTE SIE OBJEKTIV ÜBER DIE EU INFORMIEREN.**

Die Tagung fand virtuell als Video-Konferenz statt, geleitet durch die beiden Co-Präsidentinnen der Sektion, Gret Haller (alt Nationalrätin BE, Zürich) und Franziska Roth (Nationalrätin SO) sowie durch den Vizepräsidenten Matthias Meyer (Conseil municipal, Carrouge). Drei engagierte Exposés inspirierten die anschliessende Podiumsdebatte:

Aleida Assmann präsentierte einen kompakten Aufriss der Entwicklung der EU in drei Etappen: 1945–89 als Friedens- und Wohlstandsprojekt im Kalten Krieg. 1989–2015: Pluralisierung dank Osterweiterung. 2015–2020: Wiederkehr des Nationalismus mit dem Feindbild Migrant:innen.

«Europa kann ja nicht zu einer Nation gemacht werden, es müsste also irgendwie zu einer Art Schweiz gemacht werden.»





Jonas Zürcher

## STAND PUNKT

Michael Sorg,  
Co-Generalsekretär  
der SP Schweiz

### Ja zu Europa – aber wie?

Anfang Januar habe ich einen alten Vor-satz umgesetzt und bin Mitglied der Nebs geworden. Weil die Schweiz zu Europa gehört – und umgekehrt. Und weil ich dort mitbestimmen möchte, wo Entscheide gefällt werden.

Die EWR-Diskussion 1992 war mein erstes bewusstes politisches Erlebnis. Ich erinnere mich, wie wir Primarschüler uns Argumente für Ja und Nein an den Kopf geworfen haben. Im Detail verstanden haben wir sie natürlich nicht, aber warum unser Thayngen im Kanton Schaffhausen nicht zu Europa gehören soll, das zwei Kilometer entfernte Bietingen DE jedoch schon, hat mir schon damals nicht eingeleuchtet.

Ja, ich bin dafür, dass die Schweiz der EU beitrifft. Swentry statt Brexit sozusagen. Aber diese Frage ist im Grunde simpel – und theoretisch. Viel praktischer, und viel kniffliger, ist das Rahmenabkommen.

Auf die Gefahr hin, mich bei der Nebs gleich mal unbeliebt zu machen, teile ich den bedingungslosen Enthusiasmus für das Abkommen nicht. Und zwar aus einer proeuropäischen Perspektive. Die Argumentation, jeder Integrations-schritt bringe uns dem Beitrittsziel näher, überzeugt mich nicht. Das «Trainingslager»-Argument hat bekanntlich schon 1992 dem EWR das Genick gebrochen. Im Gegenteil: Ein Rahmenabkommen droht die Tür für jede Beitrittsdebatte auf Jahrzehnte hinaus zu verschliessen. Nicht umsonst wirbt die FDP mit dem Argument «Die Bilateralen sind der Garant gegen einen EU-Beitritt» für das Abkommen.

Mehr noch: Ein schlechtes Rahmenabkommen wäre Wasser auf die Mühlen der Anti-europäer. Europa würde auf Jahre hinaus zum Sündenbock für alle Fehlentwicklungen. Ob das Verhandlungsergebnis gut oder schlecht ist, wage ich nicht zu beurteilen. Wenn es gut ist, sage ich selbstverständlich Ja. Aber wenn Economiesuisse, die FDP und Ignazio Cassis auf einen raschen Abschluss drängen, die Gewerkschaften jedoch zur Vorsicht mahnen, dann läuten bei mir die Alarmglocken.

Darum sage ich als Neu-Nebs-Mitglied: Der EU-Beitritt ist sinnvoller und nötiger denn je. Wie das vorliegende Abkommen uns diesem Ziel näherbringen soll, müsst ihr mir noch erklären.

# sal der EU ist Schicksal

Charles Wyplosz beleuchtete – und falsifizierte – die linke Kritik an der EU, wonach diese neoliberal sei, soziale Ungleichheiten vertiefe und die Handlungsfreiheit von Grosskonzernen und Banken verstärke.

Wilhelm Lehmann war lange Jahre im Herzen der europäischen Demokratie tätig, im Europäischen Parlament. Er skizzierte das Hin und Her von demokratischen Defiziten und Errungenschaften der europäischen Gemeinschaft: Von den Top-down-Entscheiden der Gründerväter der Montanunion bis zu den gegenwärtigen Herausforderungen der Pandemie.

#### Podium zum aktuellen Diskurs

Das Podium, engagiert und mit Übersicht geleitet vom ehemaligen Zürcher Regierungsrat Markus Notter, widerspiegelte in brillanter Konzentration den europapolitischen Diskurs in der SP Schweiz. Eine Zusammenfassung wichtiger Argumente kann auf der Website der Sektion nachgelesen werden ([sp-ps-section.eu](http://sp-ps-section.eu)). Dort lässt sich auch die ganze Tagung als Video abrufen und nachschauen.

Der Moderator fragte zum Schluss: Was steht in der Schweiz europapolitisch nun an? In der Antwort waren sich alle einig: Während und nach dem Schlusspunkt des Rahmenabkommens braucht es eine neue, vertiefte Debatte zum Verhältnis Schweiz–EU, ohne Tabu oder Denkverbot über die Beitrittsfrage. Die Debatte über das Grundanliegen der Sektion EU ist lanciert.

Adrian Hadorn

### DIE GRUPPE «SP-SEKTION EU»

Die Gruppe «Sektion EU» hat sich als Verein konstituiert. Gemäss ihren Statuten befürwortet sie vorbehaltlos den EU-Beitritt der Schweiz und fordert von der schweizerischen SP ein konsequentes Engagement zur Erreichung dieses Ziels.

Die Sektion nimmt Mitglieder aus allen Kantonen auf. Viele Mitglieder gehören bereits einer anderen SP-Sektion an. Ihnen wird die Doppelmitgliedschaft empfohlen.

Es können auch Personen beitreten, die keiner anderen SP-Sektion angehören. Letztere werden vollberechtigte Mitglieder der Sektion und gleichzeitig Sympathisant:innen der SP Schweiz. Bedingung ist, dass sie keiner anderen politischen Partei der Schweiz angehören.

Die Sektion geht von einer künftigen Mitgliedschaft der Schweiz in der EU aus und diskutiert darüber, in welche Richtung sich die Union entwickelt. Sie führt diese Diskussion aus dem Blickwinkel sozialdemokratischer Tradition. Eine Beitrittserklärung findet sich unter: [sp-ps-section.eu/mitgliedschaft-adhesion](http://sp-ps-section.eu/mitgliedschaft-adhesion)

# Kochen fürs Klima: Heute Gemüselasagne

**Raffinierte Gemüselasagne  
für 4 Personen**

- 2 Knollensellerie
- 3 farbige Rüebli
- 2 Pastinaken
- ½ Lauchstange
- 300 g blaue St. Galler Kartoffeln
- 100 g Federkohl mit Stielen
- 1 rote Zwiebel
- 200 g Genfer Linsen

*Für die Sauce*

- 1 dl Gemüsesud
- 2 dl Milch
- 20 g Butter
- 20 g Mehl
- Salz, Pfeffer

**Zubereitung:** Gemüse waschen und schälen – Rüebli- und Pastinaken-schalen beiseitestellen. Sellerie in 1 bis 2 cm dicke Scheiben schneiden, gleichmässig ausstechen. Rüebli und Pastinaken, Lauch, Federkohl gleichmässig schneiden, Lauch in Salzwasser kochen, Federkohl beige-ben (Stiele brauchen etwas länger), 1 dl Sud beiseitestellen, mit kaltem Wasser abschrecken. Rüebli, Pastinaken und Sellerie mit Rapsöl, Salz, Pfeffer marinieren und auf Backpapier im Ofen bei 180 Grad backen. Sellerieabschnitte mit Kartoffeln im Salzwasser weichkochen und mit einem Schwingbesen zu einem groben Püree verarbeiten. Linsen in Salzwasser weichkochen, mit Lauch und Federkohl mischen und vor dem Anrichten erwärmen.

**Sauce:** Mehl und Butter ausschwitzen, mit Gemüsesud und Milch aufgiessen und sämig kochen, abschmecken.

**Anrichten:** Abwechselnd Sellerie-scheiben, Püree, Gemüse und Linsen anrichten und mit der Sauce über-giessen.

**Garnitur:** Die Rüebli- und Pastinaken-schalen auf Backpapier bei 90 Grad im Ofen 1 Stunde trocknen, Salzen und auf der Lasagne anrichten. Gehobelten Alpkäse aus der Region darüber geben. Eventuell finden sich noch ein paar Kräuter auf dem Balkon und sonst nicht – es ist Winter.

**MIT NACHHALTIGEM ESSEN KÖNNEN WIR ALLE ZUM KLIMASCHUTZ BEITRAGEN. WIR BATEN DARUM DEN KÜCHENCHEF DES ZÜRCHER CAFÉ BOY UM SEIN SAISONALES LIEBLINGSREZEPT.**

Roman Wyss steht in der leeren Küche des Café Boy in Zürich und zaubert im Shutdown fürs «Links» ein nachhaltiges Gericht auf den Tresen. Der renommierte Küchenchef pflegt schon lange eine saisonale Küche. Was in der SP-nahen Genossenschaftsbeiz auf den Tisch oder in die Lasagne kommt, stammt nach Möglichkeit aus der Region und aus biologischem Anbau. Wenn Fleisch aufgetischt wird, dann ist es häufig Siedfleisch, für das das Café Boy weitherum gefeiert wird. «Vom Tier sollte man alles verwenden, also mehr Ragout auftischen als Filet», lautet das Credo von Roman Wyss.

In der Küche steht Roman Wyss, seit er 15 Jahre alt war. In den letzten drei Jahrzehnten kochte er sich durch die Schweiz – vom währschaf-ten Restaurant in Biel zur Sternenküche in Montreux und der Edelkantine am Paradeplatz. Dreizehn Jahre lang führte er in Zürich ein eigenes Restaurant. Und jetzt geniessen die Gäste im Café Boy seine nachhaltigen Kreationen.

Was macht die Gemüselasagne besonders klimafreundlich? Die Schweizer Linsen und das violette Kartoffelpüree stapeln sich glänzend zwischen den Selleriescheiben, garniert mit einer aufgeschäumten Sauce. Darüber drapiert Roman Wyss das Beste: Die leicht gesalzenen, knackig getrockneten Schälreste von Rüebli und Pastinaken.

«Bei uns gibt es fast keinen Food Waste», sagt Roman Wyss. Gemüseresten werden zu Saucen und Suppen weiterverarbeitet, und die

Schalen von Rüebli und Pastinaken verleihen einer Gemüselasagne ein ganz besonders feines Aroma. Gesund, günstig, sehr fein und klimafreundlich – bon appétit.

Rezept zum Download und Bildstrecke unter [sp-ps.ch/links](http://sp-ps.ch/links)

Pia Wildberger

**Küchenchef Roman Wyss in seinem Reich: Seine saisonale Lasagne schmeckt fantastisch.**



Michael Würtenberg

## DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Herstellung, Transport und Zubereitung unserer Nahrung sind für rund ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wir wissen es alle: Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein grosser Teil der Ernte im Abfall, wobei am meisten Foodwaste in Privathaushalten anfällt.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir nachhaltig kochen, um unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren? Renommierte Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



## 5 Fragen an Tobias Huber

### 1. Du bist Hornist im Tonhalle-Orchester Zürich. Wie kommst du als Musiker ohne Publikum durch die Pandemie?

Wir machen derzeit CD-Aufnahmen sowie Streaming-Konzerte und spielen einen Tschaikowsky-Zyklus ein. Ausser den Bläsern tragen alle Musiker Masken. Das Publikum fehlt – Musik macht man nicht nur für sich allein. Normalerweise sind über 1000 Leute im Saal. Das Publikum erzeugt eine gewaltige Energie und man kann sich selbst zu Höchstleistungen pushen. Es ist komisch, wenn niemand klatscht. Das Schönste an meinem Beruf ist ja die Interaktion mit anderen Menschen, und die fehlt.

### 2. Wie ist der Lockdown für dich persönlich?

Musiker haben sozusagen ein Berufsverbot. Dennoch müssen wir üben, uns fit halten und dranbleiben. Das ist eine belastende Situation. Aber ich habe Glück, bin angestellt und bekomme – wenn wir nicht spielen können – Kurzarbeitsentschädigung. Die Situation in der Branche hingegen ist dramatisch. Wer freischaffend ist, hat es sehr schwer.

### 3. Wie bist du zum Tonhalle-Orchester Zürich gekommen?

Nach dem Konservatorium in Luzern spielte ich zehn Jahre lang in verschiedenen Orchestern in Essen und München. Beim Tonhalle-Orchester Zürich habe ich letzten März meine Traumstelle gefunden. Der Bewerbungsprozess war recht sportlich. In der ersten Runde erhielt man eine Nummer und spielte hinter einer Wand dem Orchester vor, das kurz vorher bestimmt hatte, was der Musiker spielen soll. Wir waren 20 bis 40 Bewerber. Die weiteren Runden waren nicht mehr anonym.

### 4. Warum bist du der SP beigetreten?

Das hat sich so entwickelt, ich konnte mich schon länger mit den Werten der SP identifizieren. Ich bin auch mit Leuten aus der SP befreundet. Es ist wichtig, sich für gute Kulturpolitik einzusetzen. Vieles ist ja subventioniert. Ich stelle auch fest, dass viele Leute überhaupt keine Ahnung von unserem System haben. Kulturpolitik ist unter Kulturschaffenden oft nicht genügend präsent.

### 5. Was erwartest du von der Partei?

Persönlich hoffe ich, dass sich die SP weiterhin in der Kulturpolitik so engagiert, dass wir auch nach der Pandemie ein vielfältiges kulturelles Angebot haben. Und dass wir, wenn nötig, dafür kämpfen.

## AGENDA 2021

**13. FEBRUAR 2021**

Delegiertenversammlung SP Schweiz, online

**27. FEBRUAR 2021**

Jahreskonferenz SP MigrantInnen, online

**13. MÄRZ 2021**

Mitgliederversammlung SP Frauen\*, online

**15. APRIL 2021**

Delegiertenversammlung SP 60+, online

Aktuelle Infos unter

[www.spschweiz.ch/agenda](http://www.spschweiz.ch/agenda)

## MOVENDO

Aufgrund der Aktualität digitaler Kommunikation, des nach wie vor geltenden Verbots von Präsenzveranstaltungen und auch wegen unserer guten Erfahrungen im vergangenen Jahr finden viele Movendo-Kurse als Online-Seminare statt. Sie sind jeweils entsprechend gekennzeichnet.

In zwei Fällen sind Ausnahmen möglich: PC-Kurse für EinsteigerInnen und Kurse für Berufschaffende und -chauffeuren können weiterhin im Präsenzunterricht stattfinden.

Bitte besuchen Sie unsere Homepage, wir aktualisieren sie laufend.

### Videokonferenz

## BODEN BEHALTEN, STADT GESTALTEN

18. Februar 2021, 19 bis 21 Uhr

Boden ist ein rares Gut von öffentlichem Interesse, das weder private Machtstellung noch Gewinne rechtfertigt. Darum lancierten Initiant:innen in der Stadt Basel eine Volksinitiative. Diese weist die öffentliche Hand an, keinen Boden mehr zu verkaufen. Wo kein Eigenbedarf besteht, soll der Boden Nutzer:innen im Baurecht auf Zeit zur Verfügung gestellt werden. 2016 hat die Stimmbürger:innen der Initiative mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt. Nach dem Basler Vorbild haben Linke und Grüne in elf Gemeinden vergleichbare Initiativen lanciert. Diese sind überraschend erfolgreich! Die SP Schweiz will die Idee der kommunalen Bodeninitiativen weiter bekannt machen. Dazu laden wir euch zu unserer Videokonferenz am Donnerstagabend, 18. Februar 2021, ein. Für den Anlass konnten wir zahlreiche bekannte und kompetente Referent:innen gewinnen. Bitte reserviert euch den Abend. Wir freuen uns auf den Austausch mit euch. Anmeldung bis 17. Februar per Mail an [rebekka.wyler@spschweiz.ch](mailto:rebekka.wyler@spschweiz.ch)

